Auszug aus FORVM bei Context XXI

(http://contextxxi.org/an-der-graswurzel-neu-beginnen.html)

erstellt am: 15. November 2026
Datum dieses Beitrags: September 1976

An der Graswurzel neu beginnen

Praxis der Basisbewegungen in Lateinamerika

In den letzten drei Jahren ist die politische Landkarte Lateinamerikas sehr dunkel geworden: die Morgenröte liberaler Regimes ist der schwarzen Nacht faschistischer Militärdiktaturen gewichen — in 16 von 20 lateinamerikanischen Ländern herrschen Militärdiktaturen. Von *Allende* (Chile), *Juan José Torres* (Bolivien), *Hector Campora* (Argentinien) bis *Echeverria* (Mexiko) und *Rodrigues Lara* (Ecuador) reicht das breite Spektrum zwischen ernsthaftem Reformismus und sozialreformerischer Demagogie. An seinem dunklen Ende ist es heute bereits vom US-amerikanisch eingeimpften Fieber der „Brasilianisación“ befallen: *Pinochet* (Chile), *Banzer* (Bolivien), *Videla* (Argentinien) bilden zusammen mit den alteingesessenen Diktaturen Uruguays *(Bordaberry),* Paraguays *(Strössner),* Nicaraguas *(Somoza),* Guatemalas und vor allem Brasiliens *(Geisel)* ein dichtes Netz von Kontrollmechanismen, das auch die verbleibenden liberalen Regimes in Mexiko, Peru und Venezuela zu einem von außen kaum merklichen, dafür im Innern umso spürbareren Rechtsruck drängt.

n LEO GABRIEL

I. Basisbewegungen — das neue Bewußtsein

Die Hoffnung vieler Liberaler, durch „Demokratisierung ohne Gewalt“ eine grundsätzliche Änderung der sozioökonomischen Struktur Lateinamerikas zu erreichen, sind damit ebenso fehlgeschlagen wie die Hoffnungen vieler Revolutionäre in den sechziger Jahren, daß sich der kubanische Weg auf dem ganzen Kontinent fortsetzen ließe. Wir stehen in Lateinamerika am Beginn einer neuen Epoche. Welche Strategie entspricht der geschichtlichen Situation? Arbeiter, Bauern und Studenten diskutieren heute mehr denn je in selbstkritischen Analysen ihre Bewegungen. Die Studenten legen die Revolutionsliteratur Europas und Asiens beiseite, um einen freieren Blick für die spezifische, die unmittelbare Realität ihrer politischen Landschaften zu bekommen. Die Arbeiter, nach vielen Erfolgen und Mißerfolgen ihrer Wirtschaftskämpfe abgehärtet, aber nicht abgestumpft, suchen nach einer Methode. An diesem Schnittpunkt von Theorie und Praxis hält augenblicklich der politische Prozeß aller Basisorganisationen vom Rio Bravo bis Feuerland.

Die vergessene Basis

So neu und zukunftsweisend, so unmittelbar einleuchtend uns die Massenorganisationen der Praxis jetzt erscheinen, wo sie ans politische Tageslicht treten, so sehr sind sie in einer jahrelangen Entwicklung verankert, die von den Beobachtern angesichts spektakulärer Ereignisse übersehen wurde. So wurde beispielsweise der jahrelange Kampf der bolivianischen Bergwerksarbeiter in der Medienoptik von der tragischen Episode der Guerilla *Ernesto Ché Guevaras* verdeckt. Als die linke Öffentlichkeit den heroischen Kampf und Tod des Priesters *Camillo Torres* verfolgte, schenkte sie der gleichzeitigen Entstehung einer Bauernorganisation in Kolumbien keine Aufmerksamkeit: die „Associación nacional de usuarios campesinos de Colombia“ (ANUC -— Nationale Vereinigung der kolumbianischen Landarbeiter und Bauern). Mehr als zwei Millionen Menschen gehören ihr an — das ist ein Fünftel der arbeitenden Landbevölkerung! 1971 hielt die Entführung des westdeutschen Botschafters *Spreti* die Weltpresse in Atem — zur gleichen Zeit begannen ein paar guatemaltekische Arbeiter, die dörflichen Indios in Bauernligen zu organisieren.

Alle diese Basisorganisationen entstanden aus materiellen Nöten — den ersten Anzeichen eines politischen

Kampfes. In dem mexikanischen Dorf Amacuzac (Bundesstaat Morelos) gab es seit vielen Jahren einen großen Mangel an Trinkwasser. Einige junge Bauern sammelten Steine für den Bau einer Zisterne. Jeden Sonntag kamen Leute hinzu. Es sprach sich mehr und mehr herum, daß es umso schneller Wasser geben würde, je mehr mitarbeiten.

Da zeigte sich auch schon der erste Feind: die staatliche Gemeindeautorität hetzte die Besitzerin des mehrere Hektar großen Grundstückes auf, ihre Eigentumsrechte über die zehn Quadratmeter der Zisternenfläche geltend zu machen. In allabendlichen Diskussionen lernte die Gemeindebevölkerung die Zusammenhänge zwischen Eigentum und staatlicher Repression. „Das Recht ist immer auf der Seite der Reichen", sagten sie. „Da wir alleine zu schwach sind, uns durchzusetzen, müssen wir Rat und Hilfe bei anderen Gemeinden suchen, die ähnliche Probleme haben." Sie schlossen sich der politischen Basisorganisation „Frente popular independente" (FPI) an. Durch die Bekanntschaft mit den Problemen anderer Gemeinden sahen sie ihre eigenen in einem größeren politischen Zusammenhang. Die einfachste Selbsthilfe hatte sie schrittweise politisiert und den Kampf gegen die materielle Not zu einem politischen Kampf erhoben.

In allen Basisorganisationen Lateinamerikas haben die physischen und psychischen Erfahrungen der alltäglichen Not ein Bewußtsein hervorgerufen, das einen großen Vorsprung vor dem intellektuellen Verständnis von Politik hat. Während sich viele Studentenorganisationen in ideologischen Zerwürfnissen und vorschnellen Aktionen aufrieben, wuchsen Mitgliederzahl und politisches Bewußtsein der unabhängigen Gewerkschaften, Bauernligen und Einwohnerkommissionen in den Elendsvierteln der Städte.

„So wie ihr in der Schule auch nicht höhere Mathematik lernen könnt, ohne das kleine Einmaleins zu beherrschen, so können auch wir uns nicht komplizierter militärischer Strategien bedienen, wenn wir noch vor dem Dorfpolizisten Angst haben. Wir machen lieber einen halben aber sicheren Schritt, statt einen ganzen, und dann zwei zurück", sagte mir einmal ein Bauernführer in Morelos, Mexiko. Der Kampf für den Sozialismus beginnt für sie in ihrer eigenen Gemeinschaft. Sie kämpfen ebenso gegen die individualistischen und autoritären Tendenzen, die der Kolonialismus in sie gepflanzt hat, wie gegen den äußeren Feind — Großgrundbesitzer, Militär, Bürokratie usw. Die Strategie des politischen Kampfes ist weder das Ergebnis einer Formel noch die Ausführung einer Anordnung eines „Leaders", sondern organischer Ausdruck eines politischen Prozesses. Deshalb machen die Montoneros (peronistische Jugend) keine Aktion ohne die Zustimmung der Bevölkerung: ob es sich um Entführungen von Expräsidenten und Industriebossen oder um Straßenschmieraktionen handelt, jede politische Handlung ist zugleich ein Symbol für das Volk.

Studenten und Volk:

Erste Aufschrift: „Stunde der Universität". Zweite Aufschrift von anderer Hand: „Das Volk macht die Revolution, nicht die Universität!" (Mauerparole in Ecuador)

Grammatik der Aktion

„Ninguna acción revolucionaria sin conciencia revolucionaria" — keine revolutionäre Aktion ohne revolutionäres Bewußtsein — ist einer der Leitsprüche des lateinamerikanischen Prozesses. Die Ankündigung eines Streiks ohne genügende politische Vorarbeit an der Basis kann ein schwerer Fehler sein — die Verteilung eines Flugzettels hingegen eine sinnvollere, wenn auch weniger revolutionär wirkende Handlung. Erst die richtige Einschätzung des politischen Bewußtseinsstandes in einer Organisation ermöglicht eine effektive Aktion.

Was ist aber das Maß des politischen Bewußtseins? Bewußtsein hängt nicht von Sprache, von Artikulationsfähigkeit ab. Hunderttausende von Bauern können zwar weder lesen noch schreiben, aber sie können sich sehr deutlich äußern durch ihr Handeln. Die Grammatik der Aktionen spricht für sich selbst. Auch und gerade bei Aktionen, die nicht unmittelbar ihr eigenes Leben betreffen — bei der Unterstützung von Streiks und Studentenbewegungen —, treten die „einfachen Leute" mit mehr Entschiedenheit, Selbstbewußtsein und Einigkeit auf als redegewandte Berufsrevolutionäre der politischen Parteien. Es braucht zwar lange, bis sie sich entscheiden, doch wenn es soweit ist, dann genügt ein „Basta ya!" (Es ist genug).

„Spontane Begeisterung ist kurz, der Kampf ist lang: nur wer Niederlagen durchgemacht hat, weiß das. Nur an den alltäglichen Kampfsituationen, die auch Niederlagen mit sich bringen, wächst das politische Bewußtsein." Solche einfachen Sätze formulieren die ideologische Grundlage der Basisorganisationen. Systematische Schulung ist selten: sie ergänzt zwar den revolutionären Prozeß — das wissen die Anführer —, kann jedoch die praktische Erfahrung nie ersetzen.

Die Vorgänge in den kleinen Gemeinschaften bilden in Lateinamerika ein neues Kräfteverhältnis aus: tausenderlei Einzelaktionen erzeugen Hunderte von Basisorganisationen der Arbeiter, Bauern, Bewohner der Elendsviertel, die den Machtpositionen des Imperialismus, dem Staatsapparat und dem Militär von unten her Widerstand leisten und sie damit aushöhlen. Dadurch werden immer weitere Teile der Bevölkerung den Kontrollmechanismen entzogen, die seit der Zeit der spanischen Eroberungskriege auf ihr lasten. Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas entsteht in den Massenorganisationen ein Gegengewicht, das nicht nur auf politische Unabhängigkeit drängt, sondern auch auf ökonomische Selbstverwaltung und auf die Schaffung einer revolutionären Kultur in den Basisgemeinschaften.

Noch ist dieser Prozeß kaum an die politische Oberfläche gedrungen —

das mag an einem bewußten Nachrichtenboykott liegen oder an der Unfähigkeit der derzeitigen Berichterstatter, in die Vorgänge an der Basis einzudringen.

II. Revolution ohne Partei?

Seit den dreißiger Jahren bestimmte diese auf *Lenin* zurückgehende Strategie (vgl. die Auseinandersetzung zwischen *Lenin* und dem Inder *M. N. Roy* am II. Kominternkongreß 1920) das politische Konzept der kommunistischen Parteien Lateinamerikas (Ausgabe der Volksfrontlosung durch *Dimitroff* am VII. Kominternkongreß 1935). Dieser Strategie zufolge wäre eine Revolution in den unterentwickelten Ländern nur durch eine Allianz mit den bürgerlich-demokratischen Parteien der „Nationalen Befreiung" möglich.

Auf dieser Grundlage kam es zu einem Bündnis der lateinamerikanischen kommunistischen Parteien mit den sogenannten *populistischen Parteien,* die im Laufe der ersten Jahrhunderthälfte auf dem ganzen Kontinent entstanden waren. Einen „demokratischen Sozialismus auf nationaler Basis" predigend, war es ihnen relativ rasch gelungen, die durch die Industrialisierung neuentstandenen sozialen Schichten (Arbeiter, Angestellte, kleine und mittlere Gewerbetreibende) unter der Führung der nationalen Bourgeoisie in Massenorganisationen (Gewerkschaften, Kammern, Bauernbünden usw.) zusammenzufassen. Dabei orientierten sich diese Parteien je nach Bedarf bald an einem ständestaatlichen, bald an einem sozialdemokratischen Modell.

Zu diesen Parteien zählten die APRA in Peru, die AD (Accion Democratica) in Venezuela, PR (Partido Revolucionario) in Guatemala, PNR (Vorläuferin der heutigen Partido Revolucionario Institucional) in Mexiko, MNR (Movimiento Nacional Revolucionario) in Bolivien. In der Regel waren sie von einem „charismatischen Führer" gegründet worden: *Perón, Getulio Vargas, Cardenas ...* Ihre relative Popularität unter den aufstrebenden Mittelschichten verdanken sie dem Umstand, daß sie sich als einzige Alternative zu den reaktionären Militärdiktaturen präsentieren konnten, d.h. also: industrielle Massen und neue Mittelklasse gegen alteingesessenen Großgrundbesitz und internationale Handelsbourgeoisie.

Einmal an der Macht, kollaborierten die Populisten jedoch regelmäßig mit der Reaktion. Dabei bedienten sie sich einer revolutionären Demagogie, die selbst klassenkämpferische Parolen wie „Socialismo Nacional" benützte.

Aus Chile nichts gelernt?

Im Kielwasser der populistischen Parteien bekamen die kommunistischen Parteien, die sich durch die Volksfrontlosung in die Reihe stellten, nur jenen Einfluß auf die Arbeiterklasse, der ihnen von den „bürgerlich-demokratischen" Kräften eingeräumt wurde. Es bedurfte etwa in Kolumbien 1954 schon des Todes von 300.000 Bauern, die sich zur Verteidigung der von der KP initiierten unabhängigen „Republiken" (befreiten Gebiete) aufgeopfert hatten, in Venezuela der rücksichtslosen Repression durch den „Sozialdemokraten" *Betancourt,* in Guatemala des Abwurfs des gesamten Zentralkomitees aus einem Helikopter über einem Vulkan — damit diese kommunistischen Parteien vorübergehend auf jene Doppelstrategie einschwenkten, die Lenin bereits 1906 als die einzig zielführende bezeichnet hatte: Die Organisation der Massen muß von der Kunst der bewaffneten Insurrektion geleitet werden!

Die Strategie der Volksfront wird selbst nach dem Debakel in Chile 1973 von der Mehrzahl der kommunistischen Parteien Lateinamerikas beibehalten — nach 40 Jahren des Mißerfolgs. Die Unterstützung der Kandidatur des Sozialisten *Allende* durch die chilenische KP, die zusammen mit der brasilianischen und der argentinischen zum rechten Flügel der lateinamerikanischen kommunistischen Parteien zählt, war erst nach der Ablehnung einer bürgerlich-demokratischen Koalition durch die Christdemokratische Partei von *Radimiro Tomic* erfolgt; die KP Chiles wollte anfänglich lieber eine Volksfront mit den Christdemokraten als mit den Sozialisten.

Unter der Regierung Allende waren es dann auch immer wieder die Kommunisten, die das raschere Fortschreiten des revolutionären Prozesses, die tatsächliche Umschichtung der Macht verhinderten, indem sie auf die von der Reaktion beherrschten Mehrheitsverhältnisse im Kongreß und im staatlichen Gewaltapparat verwiesen. Und heute ist es wieder die Strategie der Volksfront, die über dem Grab von Hunderttausenden ihre Wiederauferstehung feiern will.

Guerilla oder Massenpartei?

In den sechziger Jahren wurde in fast allen Ländern Lateinamerikas eine Strategie entwickelt, die nach dem Vorbild der kubanischen Revolution die Gründung bewaffneter Aktionsgruppen („focos guerrilleros") forcierte. Diese „focos" sollten weite Teile der ausgebeuteten Bevölkerung politisieren, die Klassengegensätze bewußtmachen und die Revolution vorantreiben. Die Praxis des „foco" stellte somit die andere Seite der Leninschen Doppelstrategie dar, die von den Linksparteien vernachlässigt worden war: die Kunst der bewaffneten Insurrektion.

Diese Entwicklung erreichte im Jahr 1976 ihren Höhepunkt, als *Ernesto „Ché" Guevara* versuchte, seine Vision von einem zweiten Vietnam durch eine großangelegte Aktion zu verwirklichen, die nicht nur Bolivien, sondern auch Teile Perus, Argentiniens und Brasiliens erfassen sollte. Gleichzeitig gelang es *Fidel Castro* in Havanna im

Rahmen der OLAS-Konferenz, eine organisatorische Brücke zwischen den Guerrillaorganisationen und den kommunistischen Parteien herzustellen.

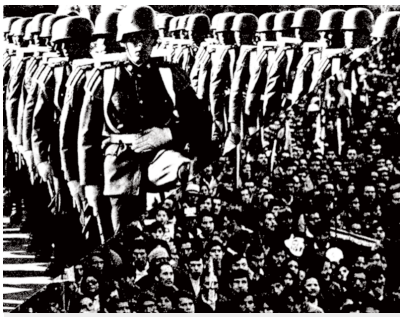
Diese Strategie scheiterte an der inneren Spaltung und an der militärischen Übermacht des äußeren Feindes. Der „foco“ konnte den erwarteten Bewußtseinsprozeß nicht von sich aus vorantreiben. Die Frage der Waffen war immer mehr in den Vordergrund getreten, die politische Strategie immer mehr in den Hintergrund.

Studenten hinten anstellen!

Dort wo es in Lateinamerika in den letzten Jahren zur Ausbildung von unabhängigen, also nicht von oben gesteuerten Basisbewegungen gekommen ist, unterscheidet sich ihre Strategie grundsätzlich sowohl von der Volksfrontlinie als auch vom „foco guerillero“. Die Arbeiter organisierten sich in unabhängigen Gewerkschaften, die Bauern bei der Landnahme von Großgrundbesitz in Bauernligen, die Bewohner von Elendsvierteln im Kampf um ihren Wohnraum in Regionalkomitees. Der Kampf richtet sich nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die staatliche Zentralgewalt und ihre vielfältigen Erscheinungsformen: gegen die korrupten Gewerkschaftszentralen, gegen die parteigebundenen Bauernbünde, gegen die staatliche Autorität, die als Polizist oder Bürokrat auftritt.

Dabei erscheint der Feind nicht immer sofort als menschenfressender Wolf, denn auch er hat seine taktischen Rücksichten zu nehmen. Er ist zunächst einmal der gutmütige Vater Staat, der durch Versprechungen das „Interesse des Volkes“ hervorkehrt. Gegen diese „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie kann sich nur ein Bewußtsein halten, das allen von außen kommenden Kräften ein grundsätzliiches Mißtrauen entgegensetzt. „Solo el pueblo salva al pueblo“ (Nur das Volk selbst wird das Volk retten) heißt die Devise. Es ist daher durchaus logisch und folgerichtig, wenn dieses zur Waffe gewordene Mißtrauen sich auch gegen diejenigen richtet, die keine betrügerischen Absichten mit ihrer Hilfsbereitschaft verbinden. Vergessen wir nicht, daß auch die populistischen Parteien anfänglich, solange es noch einen gemeinsamen Feind gab, mit dem damals durchaus glaubwürdigen Brustton der Überzeugung aufgetreten sind, die kämpferische Vorfront einer nationalen Befreiung zu sein.

Wer mit einem System von komplizierten Allianzen daherkommt, um seine Rolle als revolutionäre Avantgarde zu betonen, dem glaubt man nicht. Die Leute wissen aus der eigenen Erfahrung nur zu gut, daß eine institutionalisierte Avantgarde ihren Kopf immer leichter aus der Schlinge ziehen konnte als sie, die die Konsequenzen der strategischen Fehler stets ausbaden mußten. „Das heißt nicht, daß wir die Arbeit und Aufopferung vieler Studenten und parteimäßig Organisierter mißachten, wir wollen nur, daß sie sich politisch und organisatorisch hinten anstellen“, sagt ein kolumbianischer Bauernführer. Mit anderen Worten: Die politischen Parteien müssen ihren Führungsanspruch zugunsten der Basisorganisationen aufgeben, sich deren strategischen Vorstellungen unterordnen und ihre revolutionäre Praxis an der konkreten Notwendigkeit der Basis orientieren.



Die Repression funktioniert noch und muß auf neuen Wegen umgangen werden:

Chilenisches Militär in deutschem Stechschritt unterm Wehrmachtshelm bezeugt heute noch die seinerzeitige Schulung durch deutsche Reichswehroffiziere.

Revolutionäre Maulwurfsperspektive

Aus dieser Maulwurfsperspektive erscheint auch die Suche nach einer revolutionären Strategie in einem neuen Licht. Die Landkarte der Revolution in Lateinamerika ist also weder das Kräftespiel einiger großräumig konzipierter Parteien noch das Aufflackern vereinzelter Stoßtrupps, sondern lebt in einer Vielzahl von lokalen und regionalen Organisationen mit unterschiedlichem Bewußtseinsgrad und Organisationsniveau. Es gilt nun, diese Organisationen im Inneren immer mehr zu konsolidieren und die konkreten Kampfsituationen miteinander in Verbindung zu bringen.

Dieser Prozeß, der von der Peripherie her ein immer dichteres Organisationsgefüge aufbaut, hat zwar letztlich auch die Machtübernahme der Zentralgewalt zum Ziel, schließt natürlich auch die bewaffnete Auseinandersetzung militärisch organisierter Gruppen ein, er macht jedoch die realistische Durchführbarkeit solcher Projekte vom allgemeinen Bewußtseins- und Organisationsstand der unterdrückten Bevölkerung abhängig.

In den meisten Gebieten Lateinamerikas ist ein solcher Prozeß in vollem Aufbau begriffen. Das Eingehen von Allianzen mit bürgerlichen Schichten sowie die Frage der bewaffneten Unterstützung gewisser Kämpfe hängt dabei in erster Linie von den lokalen und regionalen Kräfteverhältnissen und erst sekundär von einer Analyse der nationalen oder internationalen Situation ab. Den „subjektiven Bedingungen“ kommt eine sehr große Bedeutung zu: „Die kleine Niederlage, aus der wir lernen können, hilft uns mehr als der große Erfolg, den wir nicht verstehen.“

Auch die Koordination der Basisorganisationen erfolgt in den meisten Fällen nicht durch eine übergeordnete Instanz, sondern durch den horizontalen Zusammenschluß von Arbeiter-, Bauern- und Studentenorganisationen bei der Durchführung gegenseitiger Unterstützungsaktionen. Deshalb kommt es heute überall zur Ausbildung von sogenannten „Frentes“, deren Entscheidungsorgan lokale Versammlungen (asambleas) sind.

Die Frage nach der revolutionären Avantgarde wird in diesem Prozeß eher durch die konkreten Umstände als durch ein vorgegebenes Modell gelöst: die Avantgarde entsteht nicht

durch den Zusammenschluß von Individuen in irgendeinem Komitee, sondern faktisch durch jene Organisationen, die durch ihre fortgeschrittene Entwicklung im konkreten Kampf ein besonderes Ansehen genießen. In Mexiko z.B. kam diese Rolle einzelnen Barrios oder auch kleineren, sehr kämpferischen Gewerkschaften zu. Durch diesen Mechanismus, der eher die Qualität des Einsatzes als die Quantität der Mitglieder berücksichtigt, werden gewisse auf arithmetische Verhältnisse abgestellte taktische Spiele von vornherein unterbunden.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer revolutionären Partei, die auf nationaler Ebene die Kämpfe der Basisbewegungen koordiniert, stellt sich immer wieder. Die einen behaupten, daß das leninistische Modell einer einzigen Revolutionspartei zumindest als Fernziel anzustreben sei, die anderen meinen, daß ein solches Konzept den lateinamerikanischen Verhältnissen nicht entspräche. Alle stimmen jedoch überein, daß es nirgendwo in Lateinamerika heute eine Organisation gibt, die von sich behaupten darf, sie wäre die revolutionäre Partei der Zukunft.

Eine solche revolutionäre Partei wird, wenn sie überhaupt je unter einem einzigen Namen auftaucht, durch das organische Zusammenwachsen aller jener Basisorganisationen gebildet werden, die im gemeinsamen Kampf auf lokaler und regionaler Ebene gewachsen und mit dem Bewußtsein der kontinentalen Weite dieses revolutionären Prozesses ausgestattet sind. Sie werden die kolonialen, von oben gelenkten Herrschaftsstrukturen zerbrechen. Sie sind auch die einzige Garantie, daß nicht nur die alte Klassenherrschaft abgebaut wird, sondern auch von vornherein die Entstehung neuer Klassen wirksam verhindert werden kann.

Basisinformation

Mitte 1976 wurde in Wien eine „Informationsgruppe Lateinamerika“ (IGLA-Wien) gegründet. Mitbegründer sind die Autoren, die uns halfen, den vorliegenden Artikelblock über Lateinamerika zusammenzustellen: *Leo Gabriel, Werner Hörtner, Karlheinz Troger.*

Die parteiunabhängige Gruppe will den Medien in verschiedenen Ländern Europas Informationen über die Basisbewegung in Lateinamerika liefern, da diese von den großen Nachrichtenagenturen ignoriert wird. Gleichgesinnte Gruppen gibt es bereits in der BRD, der Schweiz, in Frankreich, Italien, Jugoslawien und England. Bisher erschienene Informationsbroschüren über Argentinien, Mexiko, Guatemala und Paraguay können über folgende Adresse bestellt werden: IGLA-Wien, c/o Werner Hörtner, Schönbrunner Straße 24/23, A-1050 Wien, Telefon (0 22 2) 57 38 93

Leo Gabriel: geb. 1945 in Neunkirchen/Niederösterreich als Sohn des Universitätsprofessors gleichen Namens, Dr. jur. (Wien), war im Mai 1968 in Paris dabei, 1969/70 Gastprofessor für Ideologiekritik an der Nationaluniversität in Mexiko, anschließend in San Francisco an der Gründung einer „University without walls“ beteiligt. Dann in Mexiko Schüler von Ivan Illich in Guernavaca. 1972 Mitbegründer der CLETA (Centro Libere de experimentación teatral y artistica), einer Organisation von jungen Musikern und Theaterleuten. Mit einer der 25 Gruppen bereiste G. von Mexiko aus zwei Jahre hindurch Lateinamerika, wo sie für die Bauern Theater spielten und selbstgedrehte Schmalfilme über die Basisbewegung vorführten.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels